

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Abend-Ausgabe bei gleichzeitiger Publikation
für 600 monatlich RM. 3.20, durch Postbestellung
RM. 3.50 einl. 48,48 Rp. Postgeb. (ohne
Verkaufsstempelgebühr) bei lebenslangem wöchentlichem
Vertrieb. Einzel-Nr. 10 Rp.; außerhalb
Dresdens Verkauf nur mit Morgenausgabe

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marien-
straße 38/32, Fernruf 25291. Postfachkonto 1068 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Amtshauptmannschaft Dresden und des Stadtschreibers beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Abend-Ausgabe Nr. 7: 10.000 Exemplare
(20 mm breit) 11,5 Rp. Nachdruck nach Gesetz Nr. 1
Hilfsleistungen u. Stellenangebote 10.000
10.000 6 Rp. 10.000 10 Rp. — Nachdruck
nur mit Genehmigung Dresdner Nachrichten.
Unvollständige Exemplare werden nicht aufbewahrt

13 Sudetendeutsche am Dienstag ermordet

Sudetendeutsche Bezirke ohne Telefonverbindung

Eger, 14. September.

Nach den bisherigen Feststellungen der Sudetendeutschen Partei sind im sudetendeutschen Gebiet am Dienstag insgesamt 13 Sudetendeutsche, darunter mehrere Ordner, bei den Terrorüberfällen durch Staatspolizei, Jozk- und Finanzwachen und durch Kommunisten ermordet worden. Auf tschechischer Seite sind bisher 4 Tote zu verzeichnen, von denen ein Polizeibeamter und ein Gendarm in der Gegend von Schwaderbach durch verirrte eigene Kugeln getötet worden sind.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Zahl sich noch erhöht, da mit einer großen Reihe sudetendeutscher Bezirke keinerlei

telefonische Verbindung mehr besteht und daher eine genaue Nachprüfung einer Reihe von Terrorfällen noch nicht möglich war.

Kabinettsitzung in London

London, 14. September.

Das britische Kabinett trat, wie vorgeesehen, um 11 Uhr zu einer Besprechung der europäischen Lage zusammen.

Neuter berichtet aus Prag, daß Ashton-Swatteln heute morgen in Aisch eingetroffen sei, wo er die sudetendeutschen Führer aufsuchen wird.

Selbstbestimmungsrecht

Die Lage ist weiterhin ernst. Die Prager Regierung hat es abgelehnt, die von Deutschen geforderten Voraussetzungen zur Wiederherstellung normaler Zustände im Sudetenland zu schaffen. Prag übernimmt damit die alleinige Verantwortung für die weitere Entwicklung des Konfliktes. Die Sudetendeutschen haben 20 Jahre lang bewiesen, daß ihre Geduld und Disziplin einzigartig ist. Wenn aber die tschechischen Machthaber eine entsetzliche Soldateska auf friedliche Zivilisten, auf Frauen und Kinder loslassen, dann ist die Grenze der Selbstbeherrschung erreicht. Die Mordmorde an deutschen Volksgenossen häufen sich. Überall, wo die tschechische Soldateska wütet, gibt es Tote und Verwundete. Jeder ermordete Sudetendeutsche ist als Märtyrer für die Sache des deutschen Volkes gefallen, und es ist selbstverständlich, daß wir Deutschen im Reich diese Mordtaten als dem gesamten Deutschland zugerechnet empfinden.

Prag hat mit der Verhängung des Ständrechts vor aller Welt bewiesen, daß ihm an einer friedlichen Beilegung der Gegensätze nichts liegt. Wenn die Tschechen bei einer derart gespannten Lage wie der gegenwärtigen noch Delinzen treiben, so kann man daraus nur den Schluß ziehen, daß sie einen internationalen Konflikt geradezu heraufzuredern wollen. Sie glauben, auf die Unterstützung ihrer demokratischen und bolschewistischen Freunde auf alle Fälle rechnen zu können. Es ist in diesem Zusammenhang zu bemerken, daß man sich sowohl in England als auch in Frankreich über die möglichen Folgen der tschechischen Katastrophepolitik immer mehr klar zu werden scheint. Es mehren sich die Stimmen, daß dem Prager Babanau eine freie Einhalt geboten werden muß, da die Möglichkeit einer friedlichen Lösung durchaus weiterbesteht.

Der „Times“-Vorschlag, die sudetendeutsche Frage durch die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu entscheiden, gewinnt deshalb mehr und mehr an Bedeutung. Die Ereignisse der letzten Tage haben gezeigt, daß an ein Nebeneinanderleben von Deutschen und Tschechen in der bisherigen Weise nicht zu denken ist. Solche Maßnahmen würden nur immer neue Unruheherde schaffen. Es kommt auf eine allgemeine und endgültige Lösung an, und diese kann nur in der Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechtes liegen. Von den Westmächten wird es abhängen, ob diese Lösung gefunden wird oder nicht. Neben England noch Frankreich haben im sudetendeutschen Raum lebenswichtige Interessen zu verteidigen, die einen Krieg rechtfertigen könnten. Deutschland seinerseits hat keine imperialistischen oder vangermanischen Absichten gegenüber dem tschechischen Lebensraum, der von dem sudetendeutschen klar abgegrenzt ist. Wir fordern für unsere dreieinhalb Millionen Volksgenossen nichts anderes als die Anwendung eines Rechtes, für das vor 20 Jahren die halbe Welt gekämpft hat; die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes.

Erste Fahrt des neuen Luftschiffs „Graf Zeppelin“

Unter Führung von Dr. Eckener - 74 Passagiere auf der ersten Versuchsfahrt

Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten

Friedrichshafen, 14. September.

Das neue Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute vormittag unter Führung Dr. Eckeners zu seiner ersten Fahrt über dem Bodenseegebiet abgehoben. An der Fahrt, die einige Stunden dauern wird, nehmen 74 Personen teil, darunter außer der Befehlshaber Mikallicher der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt und des Luftfahrtministeriums.

Am Mittwoch früh um 7.15 Uhr fand die Taufe des neuen Luftschiffes LZ 130 statt. Es erhielt den Namen „Graf Zeppelin“. Dazu hatten sich in der Halle neben der Gesellschaft ein kleiner Kreis geladener Gäste, darunter Graf von Franckenstein-Zepelin und der Luftschiffreferent im Luftfahrtministerium Oberst Reichaupt, eingefunden. Dr. Eckener hielt eine kurze Ansprache. Er sei zitiert, jedem Luftschiff, bevor es aufsteige, einen Namen zu geben. Ein altes Sprichwort lautet: „Nomen est omen“.

Deshalb soll das neue Luftschiff im Jahre des 100. Geburtstages des Grafen Zeppelin dessen Namen erhalten als Ersatz für das alte Luftschiff „Graf Zeppelin“, das sich so glänzend bewährt habe.

Während dann die Hülle stiel, die den Namen „Graf Zeppelin“ verdeckte, taufte Dr. Eckener das Luftschiff mit kühler Lust als dem Element, in dem der Lufttrieb sich bewegt. Nachdem sodann die Befragung von 33 Mann von der Welt sich an Bord begeben hatte, wurde das Luftschiff 7.40 Uhr zum Start hinausgeschoben. 7.52 Uhr fielen die Ballasttüre, und langsam stieg das Schiff unter dem Beifall der Anwesenden empor. Es nahm Richtung gegen Westen, wo es alsbald im Morgendunst verschwand. An Bord befinden sich Dr. Eckener, der die Führung des Luftschiffes übernommen hat, ferner Chefkonstrukteur Dr. Dürr sowie 72 Mann. Die erste Weltstättenfahrt wird voraussichtlich acht Stunden dauern. Die Landung erfolgt auf dem Flugplatz in Löwenthal.

Wie weit ist Frankreich Prag verpflichtet?

Pariser Pressestimmen für und wider Volksabstimmung - Daladier mahnt Prag

Paris, 14. September.

Eine Erklärung, die der Ministerpräsident Daladier beim Verlassen des Kriegsministeriums Pressevertretern gegenüber abgegeben hat, wonach die Dinge sich zu arrangieren schienen, bildeten den Schlüsselpunkt der in der französischen Presse verbreiteten Nachrichten. Der radikalsozialen „Republique“ zufolge hat Daladier übrigens hinzugefügt, daß er an die Tschechen einen Appell zur Mäßigung gerichtet habe, der, wie er hoffe, befolgt werden würde.

Sehr ausführlich berichten die Blätter hingegen über die blutigen Zwischenfälle in der Tschecho-Slowakei. „L'Ordre“ fordert, so schnell als möglich eine internationale Polizei in den sudetendeutschen Gebieten an Stelle der tschechischen einzusetzen. Das Blatt schreibt, in Berlin herrsche vollkommene Ruhe. In solch einem Augenblick sei die Kaltblütigkeit mehr denn je nötig. Man dürfe auch nicht an der Aufrichtigkeit der Friedenswünsche zweifeln. Man habe übrigens nicht das Recht, überrascht zu sein. Der Angriff auf die Regelung von 1919 spiele sich seit drei Jahren in gerader Linie unnahezu ab.

„Matin“ hebt hervor, die Sudetendeutschen forderten eine Volksabstimmung; diese Tatsache beherrsche seit gestern Abend alle übrigen. Das Blatt erklärt in diesem Zusammenhang, falls Frankreich den Frieden retten wolle, so könne es sich ihr nicht widersetzen, auch nicht, wenn es seinen ewigen Prinzipien treu bleiben wolle. Es handele sich nämlich darum, daß Tschechen und Sudetendeutsche an einem Punkte aneinandergekommen seien, wo es menschlich fast unmöglich sei, sie zusammenleben zu lassen. Das sei nicht das erstmal in der Geschichte zweier Völker verschiedener Rasse, Sprache und Kultur. Die Geschichte zeige, wie es in Mazedonien und Palästina sei. Unter allen Umständen werde Frankreich für eine innere Angelegenheit eines anderen Landes keinen Krieg führen. Juristisch zwingt keine Verpflichtung Frankreich dazu, und das französisch-tschechische Abkommen vom Jahre 1924, das man so häufig zitiert, laute in seinem ersten Artikel:

Die französische und die tschecho-slowakische Regierung verpflichten sich, sich in den Fragen der Außenpolitik zu einigen, die geeignet sein könnten, ihre Sicherheit zu gefährden.

Das aber schließt die innerpolitischen Fragen aus. Traditionsmäßig könne Frankreich eines seiner geschichtlichen Prinzipien nicht verleugnen, nämlich das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Dieses Prinzip habe Frankreich für das Saargebiet angenommen. Für dieses Prinzip habe Frankreich häufig sein Blut vergossen. Es werde aber nicht einen Tropfen für ein Prinzip des Völkerechts vergießen.

Die oppositionelle politische-literarische Wochenchrift „Candidat“ will zu dem letzten Ministeramt berichten können, daß Außenminister Bonnet hinsichtlich „der äusseren Hypothese des äusseren Falles“ die Notwendigkeit betont habe, daß Frankreich gegebenenfalls erst alle juristischen Vorkehrungen ergreife. Dieser Hinweis hätte gewisse Minister wieder zur Ruhe gebracht, die bereit gewesen seien, Brandstifter zu spielen, insbesondere Mandel.



Ein Bild von den jüngsten Zwischenfällen in Eger, bei denen mehrere Sudetendeutsche schwer verletzt wurden. Man erkennt den Senator Frank, der seinen Abgeordneten-Ausweis hochhebt. Daneben ein tschechischer Polizist mit erhobenerem Gummiknüppel.

Aus: Presse-Hoffmann